status eine Berechnung der Verteilungsquote und eine Liste der Gläubiger beigefügt wird.

(2) Bei den von den örtlichen Treuhandstellen betreuten Betrieben erfolgt die im § 20 Abs. 2 vorgeschriebene Bekanntmachung nur in dem Amtsblatt des zuständigen Gerichts.

(3) Die im § 20 Abs. 2 vorgesehene Übermittlung des Auszuges aus dem Verteilungsplan kann in allen Fällen durch eingeschriebenen Brief erfolgen.

§ 2

(1) Wenn bei stillgelegten Unternehmen die Aufstellung eines Abwicklungsstatus (§ 6 der Vierten Durchführungsanordnung zur Schuldenabwicklungsverordnung — Deutscher Reichsanz. u. Preuß. Staatsanz. Nr. 72 von 1942) nicht möglich ist, weil das Buchwerk fehlt oder unübersichtlich ist und das ursprünglich vorhandene Anlage- und Umlaufvermögen auch auf andere Weise nicht mehr festgestellt werden kann, so können die Haupttreuhandstelle Ost oder die zuständigen örtlichen Treuhandstellen

anordnen, daß die Gläubiger bestehenbleibender Forderungen mit einer Entschädigung abgefunden werden. Die Entschädigung beträgt:

bei Forderungen bis zu 500 Reichsmark	100 %
für den Mehrbetrag bis zu 1 000 Reichsmark	75 %
für den Mehrbetrag bis zu 5 000 Reichsmark	50 %
für den weiteren Mehrbetrag	25 %

der Hauptforderung (ohne Zinsen). Die Forderung des Gläubigers mit Zinsen gilt dann als erloschen.

(2) § 3 der Vierten Durchführungsanordnung zur Schuldenabwicklungsverordnung bleibt unberührt. Abs. 1 findet insoweit Anwendung, als der Gläubiger bei der Befriedigung nach § 3 ausfällt.

§ 3

Diese Verordnung gilt auch in den eingegliederten Ostgebieten und im Protektorat Böhmen und Mähren.

Berlin, den 13. Juli 1943

Der Beauftragte für den Vierjahresplan

In Vertretung

Körner

Verordnung

über die lagermäßige Unterbringung von Arbeitskräften während der Dauer des Krieges (Lagerverordnung).

Vom 14. Juli 1943.

Auf Grund des Gesetzes über die Unterkunft bei Bauten vom 13. Dezember 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 1234) § 2 und der Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung vom 13. Februar 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 206) § 9 wird verordnet:

§ 1

Geltungsbereich

(1) Diese Verordnung gilt für die lagermäßige Unterbringung von Arbeitskräften, die in Betrieben und Verwaltungen aller Art beschäftigt werden. Ausgenommen sind Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft und Kriegsgefangene.

(2) Als lagermäßige Unterbringung gilt die Gewährung gemeinschaftlicher Unterkunft für mindestens zehn Arbeitskräfte. Diese Mindestzahl kann in besonderen Fällen durch die Aufsichtsbehörde (§ 13) herabgesetzt werden.

§ 2

Anzeigepflicht

(1) Wer Arbeitskräfte lagermäßig unterbringen will oder lagermäßig untergebracht hat,

ist verpflichtet, der Aufsichtsbehörde (§ 13) unverzüglich Lage der Unterkunft, Zahl der lagermäßig unterzubringenden oder untergebrachten Arbeitskräfte sowie den Namen desjenigen anzuzeigen, der für die Einhaltung der Vorschriften dieser Verordnung verantwortlich ist.

(2) Soll die Unterkunft voraussichtlich dauernd oder für längere Zeit nicht mehr zur lagermäßigen Unterbringung von Arbeitskräften benutzt werden, so ist der Tag der Schließung der Aufsichtsbehörde vorher mitzuteilen.

§ 3

Bau und Gestaltung der Unterkunft

(1) Bei der lagermäßigen Unterbringung von Arbeitskräften muß die einwandfreie und ausreichende Versorgung mit Trink- und Brauchwasser und die unschädliche Beseitigung der festen und flüssigen Abfallstoffe sichergestellt sein.

(2) Die Unterkunft soll übersichtlich und so umgrenzt sein, daß der Zutritt Unbefugter zu den Unterkunftsräumen verhindert werden kann.

(3) Je nach Größe der Unterkunft sind außer Schlaf- und Tagesräumen die erforderlichen Nebenräume zu erstellen. In erster Linie kommen Verwaltungsräume, Wasch-, Trocken- und Plätträume, Handwerksstuben sowie Vorrats- und Lagerräume in Betracht.

(4) Bei dem Aufbau und Ausbau der Unterkünfte ist, soweit es die Kriegsverhältnisse zulassen, über die in dieser Verordnung vorgesehenen Mindestanforderungen hinaus durch zweckmäßige Ausgestaltung und Verschönerung dafür zu sorgen, daß den Arbeitskräften der Aufenthalt in den Unterkünften in jeder nur möglichen Weise erleichtert wird, um die Beschwerden des Lagerlebens zu mildern und die Arbeitsfreude zu erhalten.

§ 4

Belegung und Einrichtung der Schlafräume

(1) Jeder Arbeitskraft ist eine Bettstelle zur Verfügung zu stellen. Mehr als zwei Betten dürfen nicht übereinanderstehen. Der seitliche Abstand zwischen den Betten muß mindestens Stuhlbreite betragen.

(2) Der Luftraum, der in dem Schlafräum auf jede Arbeitskraft entfällt, darf sieben cbm nicht unterschreiten.

(3) Bei Frauenunterkünften dürfen in einem Schlafräum nicht mehr als zwölf Frauen untergebracht sein.

(4) Es müssen Einrichtungen vorhanden sein, daß die Kleidungsstücke, Wertgegenstände, Lebensmittel u. dgl. jeder Arbeitskraft ordnungsmäßig aufbewahrt werden können.

(5) In jedem Schlafräum sind mindestens ein Tisch und für jede Arbeitskraft ein Sitz aus gehobeltem Holz aufzustellen.

(6) Die Schlafräume müssen in der kalten Jahreszeit ausreichend beheizt werden.

§ 5

Tagesaufenthaltsräume

Je nach Größe der Unterkunft und der Anzahl der dort untergebrachten Volksgruppen sind besondere Tagesaufenthaltsräume einzurichten, die den Arbeitskräften während der Freizeit Erholung und Ausspannung ermöglichen und in denen Gemeinschaftsveranstaltungen durchgeführt werden können. In der kalten Jahreszeit müssen auch diese Räume angemessen beheizt werden.

§ 6

Gemeinschaftsverpflegung

In jeder Unterkunft ist Gemeinschaftsverpflegung einzurichten. Für die Einnahme der Mahlzeiten sollen geeignete Räume zur Verfügung stehen.

§ 7

Waschgelegenheiten

(1) Um eine ausreichende Körperreinigung zu ermöglichen, sind Wascheinrichtungen mit fließendem Wasser von solcher Größe vorzusehen, daß auf fünf Arbeitskräfte eine Zapfstelle entfällt. Kann eine solche Waschgelegenheit nicht geschaffen werden, so muß für je drei Arbeitskräfte ein Waschbecken vorhanden sein.

(2) Außerdem ist jeder Arbeitskraft Gelegenheit zu geben, sich einmal wöchentlich mit warmem Wasser zu reinigen. Zu diesem Zweck soll für jede Unterkunft eine Brauseanlage ausreichender Größe vorhanden oder in Lagernähe verfügbar sein.

§ 8

Abortanlage

(1) Die Abortanlagen müssen gesundheitlich einwandfrei und für Männer und Frauen getrennt sein. Für je zwanzig männliche Arbeitskräfte und für je fünfzehn weibliche Arbeitskräfte ist mindestens ein Abortsitz — für männliche Arbeitskräfte außerdem ein Bedürfnisstand — vorzusehen. Die Abortanlagen sind stets sauberzuhalten; sie sind nach Bedarf, mindestens aber wöchentlich zweimal, zu scheuern.

(2) In Frauenunterkünften müssen Nacht- aborte, die in räumlicher Verbindung mit den Schlafräumen stehen, vorhanden sein.

§ 9

Sauberhaltung

Alle Räume sind täglich zu reinigen. Die Räume und ihre Bewohner sind regelmäßig auf Ungezieferbefall zu prüfen. Es müssen geeignete Einrichtungen zur Vernichtung von Ungeziefer vorhanden sein.

§ 10

Erste Hilfe, ärztliche Betreuung, Krankenstube

(1) In jeder Unterkunft ist Verbandszeug für erste Hilfe in ausreichender Menge und einwandfreier Beschaffenheit vorrätig zu halten. Eine in der ersten Hilfe ausgebildete Hilfskraft muß jederzeit erreichbar sein.

(2) Die ärztliche Betreuung muß für alle in den Unterkünften untergebrachten Arbeitskräfte sichergestellt sein. Wohnung und Fernsprecher des zuständigen Arztes sind durch Anschlag in der Unterkunft bekanntzugeben.

(3) Für jede Unterkunft, die in der Regel mit mehr als fünfzig Arbeitskräften belegt ist, ist eine Krankenstube für jede Unterkunft mit mehr als zweihundert Arbeitskräften außerdem die Möglichkeit der Absonderung infektiös Erkrankter (Isolierzimmer) vorzusehen. Die Krankenstube muß ihrem Zweck entsprechend eingerichtet sein; für je fünfzig Arbeitskräfte sind mindestens zwei Betten aufzustellen.

§ 11

Feuerschutz

(1) In jeder Unterkunft ist jederzeit gebrauchsfertiges Feuerlöschgerät (stets gefüllte Wassereimer od. dgl.) bereit zu halten.

(2) Elektrische Einrichtungen müssen den Vorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker entsprechen.

§ 12

Sonderregelung

Die Aufsichtsbehörde (§ 13) kann im Einzelfalle weitere Anforderungen stellen oder im Benehmen mit der zuständigen Dienststelle der Deutschen Arbeitsfront Erleichterungen zulassen, die nach den Umständen als angemessen erscheinen.

§ 13

Aufsicht

(1) Die Aufsicht über die Durchführung dieser Verordnung obliegt den Gewerbeaufsichtsämtern, bei bergbaulichen Betrieben den Bergbehörden. Auf die Befugnisse und Obliegenheiten der Aufsichtsbehörden finden die Vorschriften der Gewerbeordnung § 139b Anwendung, im Reichsgau Sudetenland die Vorschriften der Verordnung vom 15. Februar 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 218) § 2, in den Donau- und Alpen-Reichsgauen die Vorschriften der Verordnung vom 7. März 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 552) § 12.

(2) Bei den Betrieben und Verwaltungen des Reichs, des »Unternehmens Reichsautobahnen« und der Länder und bei den Verwaltungen der Gemeinden und Gemeindeverbände üben die vorgesetzten Dienstbehörden die Aufsicht über die Durchführung dieser Verordnung aus.

(3) Die nach anderen Vorschriften bestehende Zuständigkeit der Gesundheitsämter und sonstiger Stellen bleibt unberührt.

§ 14

Strafvorschriften

Wer einer Vorschrift dieser Verordnung oder einer auf Grund dieser Verordnung erlassenen Bestimmung vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark, in schweren Fällen mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 15

Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 1. August 1943 in Kraft. Sie gilt auch in den eingegliederten Ostgebieten. Den Zeitpunkt des Außerkrafttretens bestimmt der Reichsarbeitsminister.

(2) Für die Dauer der Geltung dieser Verordnung tritt die Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Unterkunft bei Bauten vom 24. Oktober 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1516) außer Kraft.

Berlin, den 14. Juli 1943.

Der Reichsarbeitsminister

Franz Seldte

Zweiundzwanzigste Bekanntmachung

**über die Eintragung von verzinlichen Schatzanweisungen des Deutschen Reichs
in das Reichsschuldbuch**

Vom 12. Juli 1943

Auf Grund von § 21 Absatz 2 der Reichsschuldenordnung in Verbindung mit Artikel 1 der Verordnung zur Ergänzung der Reichsschuldenordnung vom 29. Dezember 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 1156) habe ich bestimmt, daß den Schuldverschreibungen nach § 21 Absatz 1 der Reichsschuldenordnung und den Vorschriften des Reichsschuldbuchgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 1910 (Reichsgesetzbl. S. 840) weiter gleichzusetzen sind die

3½%igen Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1943, Folge II.

Die Schatzanweisungen können somit ebenfalls in das Reichsschuldbuch eingetragen werden.

Berlin, 12. Juli 1943

Der Reichsminister der Finanzen

Im Auftrag

Bayrhoffer